

„Wir können mit Spenden

Bernward Gesang ist Professor für Philosophie und Wirtschaftsethik an der Universität Mannheim. Mit seinem aktuellen Buch „Mit kühlem Kopf“ möchte er der Klimadebatte die Hitzigkeit nehmen und aufzeigen, dass Verzicht nicht die einzige Lösung darstellt. Mit unserem Redakteur Rico Stehfest sprach er über die Frage, warum er sich für eine Spenden- und Engagementpflicht einsetzt und was ein Zukunftsanwalt bewirken könnte. Näheres zum Buch lesen Sie auf Seite 84.



? In Ihrem aktuellen Buch machen Sie drei Verantwortungsbereiche in Sachen Bemühungen gegen den Klimawandel aus: den individuellen Bürger, die Politik und die Unternehmen. Welche Gewichtung sehen Sie in der jeweiligen Verantwortung?

Die eigentliche Aufgabe ist politischer Natur und liegt in der Koordination zwischen den Staaten. Bislang liegt aber noch kein gehaltvoller Vertrag vor. Der Pariser Vertrag ist nur eine Ansammlung freiwilliger Ankündigungen ohne strikten Kontrollmechanismus. Für das 1,5 °C-Ziel reicht das nicht aus. Das werden wir merken, wenn uns die Naturkatastrophen um die Ohren fliegen. Die Leute lernen nur aus Schaden. Die Politik schlägt sich momentan nur mit Symbolpolitik rum. Der

Job ist aber zu wichtig, um liegen zu bleiben. Also müssen wir als Individuen einspringen, um die Lasten zu verringern und der Politik so zu ermöglichen, dass sie später eingreifen kann. Momentan geht es nicht anders.

? Dafür betrachten Sie das Spenden, beispielsweise für den Erhalt des Regenwalds, als effektive Strategie, weil wir uns damit nicht so schnell überfordern. Geld geben fiele uns demzufolge leichter, als unser Verhalten radikal umzustellen. Wäre denn aber tatsächlich eine radikale Umstellung nötig?

Der Ökonom und Nachhaltigkeitsforscher Niko Paech hat es vorgerechnet: Wir müssten zur Bekämpfung der Klimakrise unseren Lebensstandard derart anpassen, dass wir uns

auf einem Entwicklungs-Niveau wie vor 100 Jahren wiederfinden würden. Das halte ich für schwierig.

Daher ein anderer Weg, der anerkennt, dass auch Motivation ein knappes Gut ist: Es hat sich bei der Ökosteuer gezeigt, dass die Leute bereit sind, an der Tankstelle mehr zu zahlen, statt das Auto stehen zu lassen. Da kommt das Konzept der Kompensation ins Spiel. Das hat aber immer so einen Anklang, dass man etwas Schädliches tut und im Anschluss „genau so viel“ gibt, um den Schaden wiedergutzumachen. Das ist ein falsches Denken. Es geht nicht darum, zu kompensieren, was für ein Auto ich fahre. Es geht darum, eine Spendenquote zu erreichen, die wirksam ist. Wenn ich also mein persönliches Verhalten in den Mittelpunkt stelle, ist das zu kurz gedacht. Beim

Ko-Benefits realisieren“

Versuch einer Kompensation werden vielleicht ein paar Bäume gepflanzt, die sonst nicht gepflanzt werden würden. Meine Nettobilanz soll sich dabei auf Null rechnen, aber diese persönliche Kopplung ist zu kurz gesprungen.

? Deshalb plädieren Sie für eine Spenden- und Engagmentpflicht?

Wir leben in den Industriestaaten auf einer Insel der Glückseligkeit, vor deren „Stränden“ heute bereits Menschen an Armut und den Folgen der Klimaveränderung sterben. Wenn wir uns nicht vorwerfen lassen wollen, uns sei das egal, müssen wir aktiv werden. Wenn ich als Durchschnittsverdiener nicht wenigstens im einstelligen Bereich meines Einkommens spende, ist das nicht glaubwürdig.

So gesehen ist es nicht nur die Aufgabe der Politik. Wir sind mit schuld an der politischen Misere, denn wir haben die Regierungen gewählt. Deshalb sollten wir mit Spenden an Schlüsselpunkten ansetzen, die Aspekte wie Armut und Artenschutz angehen, um möglichst Ko-Benefits zu realisieren. Wenn ich mit einer Spende einen Bauern im Regenwald unterstütze, muss dieser nicht sein Land an Unternehmen verkaufen, die aus dem Regenwald Weideflächen oder Plantagen für Ölpalmen machen. Das ist Klimaschutz, Armutsbekämpfung und auch Artenschutz, Schutz des Grundwasserspiegels und Pandemieschutz. So gesehen sind Spenden effizienter als Verhaltensumstellungen.

? Wo kommt da ein Engagement ins Spiel, das über das reine Spenden hinausgeht?

Wir sollten uns politisch informieren und engagieren, um die politische Ordnung zu korrigieren. Wir müssen mit Spenden eine Brücke bauen, bis die Politik einspringen kann und unsere Verhaltensumstellung koordiniert. Wir sollten daraufhinwirken, dass die Politik genau das tut. Wir sollten auf die Straße gehen und demonstrieren. Ich sehe eine Engagmentpflicht, um das Emissions-

verhalten sinnvoll zu verändern, also den Druck auf die Politik zu erhöhen.

Dass Verhaltensänderungen hier nicht viel bewirken können, liegt im System der Wirtschaft begründet. Oft ist eine stabile Preispolitik das Ziel, das mit Subventionen erreicht werden soll. Und selbst, wenn wir das Angebot beeinflussen könnten, gibt es das „grüne Paradoxon“, auf das der Ökonom Hans-Werner Sinn verwiesen hat. Durch Einsparungen entsteht Druck auf die Anbieter. Der Preis der Produkte sinkt, weil weniger abgenommen wird. Trotzdem sind die Produkte am Markt. Werden diese aufgrund grüner Politik unverkäuflich, werden sie auf Dauer immer weniger wert sein. Das bedeutet beispielsweise, die Produzenten müssen das Erdöl schnell loswerden, solange es noch etwas wert ist. Das führt dazu, dass es vor allem an die Entwicklungs- und Schwellenländer verramscht wird, die auf Wachstum ausgerichtet sind. Netto sparen wir dadurch kein Öl, sondern subventionieren die Preise. Das führt nicht dazu, dass das Öl im Boden bleibt. Stattdessen wird es schneller gefördert. Das ist ein Argument gegen eine persönliche Änderung des Emissionsverhaltens.

? Eine weitere Möglichkeit der Einsparung von CO₂-Emissionen sehen Sie in der Reduzierung der Weltbevölkerung. Wie fallen Reaktionen auf diese Idee aus?

Das ist so etwas wie ein Tabu, gerade in der „grünen Szene“. Dabei ist gar nicht die Zahl der Leute das Problem. Wir haben nur die falschen Praktiken etabliert. Der Klimawandel ergibt sich aus „Lebensstil x Anzahl von dessen Ausübung“. Auch die Philosophie diskutiert eine Verantwortung gegenüber zukünftig existierenden Menschen.

Um die Bevölkerung zu senken, kann man aber nicht einfach wie in China scharfe Restriktionen einführen. Das ist ein Zwang, der unserem liberalen Denken widerspricht. Stattdessen gäbe es die Möglichkeit, Bevölkerungspolitik mit Anreizen zu gestalten. Nur

darf man Bevölkerungspolitik nicht ausschließlich in den Schwellenländern betreiben. Den größten ökologischen Fußabdruck haben wir in den Industrieländern.

? Wie genau könnte also eine Lösung aussehen?

Dafür braucht es intelligente Zuwanderungsmodelle. In den Industriestaaten überwiegt die ältere Bevölkerung, in anderen die jüngere. Eigentlich müssten wir nicht mehr Menschen in die Welt setzen, sondern die existierenden jungen Menschen besser verteilen. Durch gezielte Einwanderung würde ein Eintrag in unsere Sozialsysteme erreicht und gleichzeitig in den Entwicklungsländern Armut verhindert. Dieser Ausgleich der Bevölkerungspyramiden wäre eine Win-win-Situation.

? Dann bleibt also doch nach wie vor die Idee der Installation eines Zukunftsanwaltes?

Diese Debatte wird weiterhin durch die Stiftung „World Future Council“ und viele NGOs fokussiert. Das Ziel ist noch immer, bei der UNO einen Hochkommissar für zukünftige Generationen zu schaffen, also eine Stimme, die Gesetzen, die kommenden Generationen schaden könnten, bereits am Anfang den Wind aus den Segeln nimmt.

Wir müssen in Europa neue Institutionen schaffen, weil wir als reine Wirtschaftskooperation nicht überleben können. Als Philosoph bin ich es gewohnt, wie Sisyphos permanent den Stein den Berg rauf zu rollen. Das ist ein bisschen frustrierend. Die Hoffnung, die Welt durch Denken auf ein besseres Gleis zu bringen, halte ich auch durch gebetsmühlenartige Wiederholungen hoch. Würden mehrere Länder einen solchen Zukunftsanwalt installieren, wären Klimaverhandlungen auf internationaler Ebene einfacher. Es gäbe dadurch einen gewissen Zwang, sich zu einigen und Klimapolitik aus einem Guss zu machen. ▣

► www.phil.uni-mannheim.de